

Bildungsthema 1/2003: „Kommunistische Aktionseinheits- und Bündnispolitik“

1. Einleitung
 2. Marxistische Positionen zur Bündnispolitik
 - 2.1. Die Positionen von Marx, Engels und Lenin
 - 2.2. Positionen der DKP zur Aktionseinheits- und Bündnispolitik
 3. Bündnisgrundsätze heutiger kommunistischer Politik
 4. Seminarhinweise
-

Das Bildungsthema „Kommunistische Aktionseinheits- und Bündnispolitik“ beinhaltet viele Aspekte unserer politischen Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, in den Kommunen, vor allem aber unsere Aktivitäten in politischen und sozialen Bewegungen. Bereits im Bildungsthema „Kommunisten und Gewerkschaften“ (2000) hatten wir Grundsätze der Aktionseinheitspolitik der DKP diskutiert.

Im aktuellen Bildungsthema „Kommunistische Aktionseinheits- und Bündnispolitik“ sollten deshalb vor allem

- die Aufgaben der Bündnispolitik der DKP,
- das Wesen der Aktionseinheitspolitik sowie
- Zusammenhänge und Unterschiede kommunistischer Aktionseinheits- und Bündnispolitik besprochen werden.

Vor allem die aktuellen Herausforderungen, aber auch der Stellenwert dieses Themas in der Programmdebatte der DKP, haben uns bewogen, dieses Problem zur Diskussion zu stellen.

Wir haben dabei auf Bildungsmaterial der DKP aus dem Bildungsjahr 1982/83 zurückgegriffen: Vor allem, weil wir der Auffassung sind, dass die marxistische Grundposition in diesem Material – abgesehen vom historischen Kontext, der sich heute anders stellt – sehr gut herausgearbeitet wurde.

1. Einleitung

In diesen Tagen und Wochen protestieren Gewerkschafter und vor allem die Gewerkschaftsjugend in der **Bundesrepublik Deutschland** gegen die zunehmende Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen, aktuell gegen die Auswirkungen des Hartz-Konzeptes, der „Gesundheitsreform“, gegen die geplante „Agenda 2010“ Gerhard Schröders und die Forderungen von CDU/CSU bzw. FDP. Die Bereitschaft nimmt zu, für die eigenen Interessen zu kämpfen. In Ostdeutschland gibt es Aktionen der IG Metall für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Die Proteste von Schülerinnen und Schülern wenden sich gegen die Bildungsmisere und die ständigen Kürzungen in diesem Bereich. Sie gehen – gemeinsam mit Eltern, Lehrern, Erziehern u.a. – gegen die Schließung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen auf die Straße. Daneben gibt es viele andere örtliche und zentrale Aktionen von Studierenden, Sozialverbänden, örtlichen Initiativen u.a.

International entsteht gegenwärtig – erstmals seit der Niederlage des Sozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung 1989/90 - eine zunehmend breiter werdende Be-

wegung gegen die Folgen der imperialistischen Globalisierung und gegen den Krieg, die unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte erfasst. Die Erkenntnis wächst, das haben unter anderem auch die Aktionen anlässlich der Gründung des Europäischen Sozialforums in Florenz im Herbst 2002 gezeigt: So wie es ist, kann es nicht bleiben.

Dafür organisieren sich Menschen in breiten Bewegungen. Dahinter stehen Interessen, die aufgrund der objektiven ökonomischen, sozialen und politischen Situation der Betroffenen entstehen und jetzt offen artikuliert werden. Mehrheitlich heißt dies noch nicht, diese Leute wollen den Kapitalismus beseitigen. Aber hier besteht die Möglichkeit, dass sich in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen das Bewusstsein dafür entwickelt, dass dies notwendig ist. Die Aktionseinheit der weltanschaulich und politisch unterschiedlichen orientierten Teile der Arbeiterklasse gewinnt in diesen Auseinandersetzungen und darüber hinaus an Bedeutung.

Im Referat des 17. Parteitages der DKP im Dezember 2002 wurde hervorgehoben, dass sich hier unter den herrschenden Gesellschaftsbedingungen etwas qualitativ Neues entwickelt. „Frieden, Sozialabbau und Demokratiefragen sind wesentliche Inhalte der Diskussion und Aktion in dieser Bewegung. Für Teile der Arbeiterbewegung ist dies Anlass und Bestärkung, sich in diese neuen Bewegungen einzubringen.“ Und weiter wurde betont, dass vor allem junge Menschen Teil der Bewegung sind. „Der Dialog der Weltanschauungen wurde auf der Grundlage gemeinsamer Interessen teilweise neu begonnen oder intensiviert.“

Die **Aktionen gegen den Irak-Krieg** haben in den letzten Wochen und Monaten auch in der Bundesrepublik Hunderttausende erfasst. **In der Friedensbewegung** – so die Erfahrung vieler Genossinnen und Genossen der DKP, die in örtlichen Friedensinitiativen oder in bundesweiten Organisationen arbeiten - wurden **Menschen aus allen Klassen und Schichten der Gesellschaft** bis hin zu den Kirchen aktiv. Hier entstanden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit, aber auch antikommunistische Vorurteile waren zu spüren. Trotzdem gibt es auch hier zunehmend Bereitschaft, gemeinsam mit Kommunistinnen und Kommunisten Aktionen zu organisieren. Erstmals seit vielen Jahren konnten Mitglieder der DKP nicht nur vereinzelt, sondern bundesweit auf Kundgebungen der Friedensbewegung sprechen und fanden große Zustimmung.

Ursachen für die Zunahme von Protestaktionen und Aktivitäten sind:

- Die Kriegspolitik der USA, die mit dem Krieg gegen den Irak die neue, aggressive US-Strategie des "Präventivkrieges" besiegelte. Erst nach 1989/90 wurde der Weg frei für die so genannte Verteidigung US-amerikanischer Interessen zu jeder Zeit und weltweit. Diese Politik wurde langfristig vorbereitet und begründet. Krieg wird - auch auf Grund dieser Politik der USA - weltweit zum permanenten Zustand.
- Die Rüstungspolitik der Bundesregierung und der EU, die mit dem Ausbau weltweit agierender Eingreiftruppen der Bundeswehr bzw. der EU eine neue Qualität gewinnt. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ wurden modifiziert, um - laut „Verteidigungsminister“ Struck (SPD) - die Verteidigung „deutscher Interessen auch am Hindukusch“ zu gewährleisten. Damit einher geht die Militarisierung der Gesellschaft bis hin zu Planungen, die Bundeswehr gegebenenfalls auch im Inland einzusetzen.
- Der zunehmende Abbau erkämpfter Grundrechte, die Angriffe gegen Flächentarife und Kündigungsschutz.
- Die Verschlechterung der Lebensbedingungen, vor allem die wachsende Massenarbeitslosigkeit, die düsteren Zukunftsaussichten für junge Menschen durch fehlende Ausbildungsplätze.
- Neben der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme auch der politischen und Bürgerrechte durch den Ausbau des Überwachungsstaates.

Der sich gegen Krieg und Kriegspolitik, gegen Sozialabbau und Einschränkung demokratischer Grundrechte richtende Protest reicht noch nicht aus, um außerparlamentarisch großen Druck auf die Herrschenden und die Parlamente auszuüben. Mit einer Ausnahme: Das „Nein“ der Bundesregierung zum Irak-Krieg hatte sicherlich verschiedene Ursachen, aber erwiesen ist, dass die Schröder-Fischer-Regierung der in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreiteten Antikriegsstimmung Rechnung tragen musste – nicht nur, um im Herbst 2002 wieder gewählt zu werden.

Wie halten es Kommunistinnen und Kommunisten nun mit den sich formierenden Protestbewegungen? Wie also verhalten wir uns zu den bestehenden und sich neu formierenden Bündnissen? Gibt es neue Folgerungen für die Aktionseinheitspolitik?

In der Vergangenheit – so auch in der Friedensbewegung der 80er Jahre – hat sich gezeigt, dass viele Bündnisse nur zeitweilig existierten, sich manche Bündnispartner immer wieder nur zeitweilig engagierten oder sich gar als unsicher erwiesen bzw. in Konfliktsituationen gesellschaftlich notwendige Konsequenzen scheuten. Es aber in keinem Falle richtig, verabsolutierend Schlussfolgerungen aus diesen und ähnlichen Erfahrungen zu ziehen. Beispielsweise nach dem Motto: Bündnispolitik nutzt letztendlich nichts, sie hat uns abgehalten von der eigenen Profilierung, Partner in der Aktionseinheit und in Bündnissen haben Positionen geändert, was eben zeigt, dass sie nicht verlässlich sind oder ähnliches mehr.

Sicher gab es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung auch nicht wenige Illusionen über die Möglichkeiten und die Zukunft sich entwickelnder politischer und sozialer Bewegungen. Trotzdem ist es für eine kommunistische Partei unerlässlich, sich sowohl der Grundlagen kommunistischer Aktionseinheitspolitik und Bündnispolitik ständig zu versichern als auch bestehende wie entstehende gesellschaftliche Bewegungen, ihre Ziele und Möglichkeiten, zu klären:

- **Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen existieren heute in der Bundesrepublik für die Aktionseinheits- und für die Bündnispolitik? Welche neuen Entwicklungen hat es gegeben? Welche Chancen und neuen Möglichkeiten sind entstanden?**
- **Unterscheidet sich heutige kommunistische Bündnispolitik grundsätzlich von der vor 1989, müssen wir – aufgrund der Erfahrungen – nicht ausschließlich auf „antiimperialistische Bündnisse“ orientieren oder gibt es Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik, die heute ebenso gültig sind?**
- **Mit welchem Ziel betreibt die DKP heute ihre Bündnispolitik? Will sie in den Bündnissen eine Führungsrolle übernehmen, andere dominieren und vor allem ihre politischen Ziele durchsetzen? Oder will sie sich „dranhängen“, weil sie allein zu schwach ist?**
- **Ist es nicht besser, sich allein auf die Arbeiterklasse zu orientieren und auf andere Kräfte in Bündnissen zu verzichten? Wie breit sollten Bündnisse sein?**
- **Wie sehen wir das Verhältnis von Aktionseinheitspolitik und Bündnispolitik der DKP?**
- **Gibt es eine Alternative zur Aktionseinheit mit sozialdemokratisch, sozialistisch oder kommunistisch, an der PDS oder sozialdemokratisch orientierten Teilen der Arbeiterklasse? Gibt es eine Alternative zur Gewinnung auch politisch und weltanschaulich anders orientierter Kolleginnen und Kolleginnen und Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft für ein gemeinsames Handeln gegen Sozial-, Demokratieabbau und Kriegspolitik?**
- **Sollte die DKP nicht auf die Zusammenarbeit mit der PDS, Sozialdemokraten und ähnlichen politischen Kräften in der Aktionseinheit bzw. in Bündnissen verzichten, weil die Gefahr bestehen könnte, dass die DKP sich von der theoretischen Grundlage kommunistischer Politik, der wissenschaftlichen Weltanschauung, entfernt? Sollte stattdessen nicht besser zuallererst eine „Akti-**

onseinheit“ oder ein „Bündnis“ mit anderen kommunistischen Parteien und Gruppen bevorzugt werden?

- Muss man heute in antifaschistischen Bewegungen – und partiell der Friedensbewegung - auch mit Mitgliedern von Kriegsparteien zusammenarbeiten?

Diese Fragen sollten im Zusammenhang mit dem Bildungsthema diskutiert werden. Allerdings gehen wir davon aus, dass aufgrund vielfältiger Erfahrungen die Schwerpunkte der Debatte unterschiedlich gewählt werden.

Nina Hager, Otto Marx und Götz Loudwin (beide Karl-Liebknecht-Schule)

2. Marxistische Positionen zur Bündnispolitik

2.1. Die Positionen von Marx, Engels und Lenin

a) „Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich ... verständigen...“

Fragen des Bündnisses treten von Anfang an in der marxistischen Arbeiterbewegung auf. Friedrich Engels analysierte in seiner Schrift „**Grundsätze des Kommunismus**“ mögliche Bündnispartner in der damaligen Situation (Hervorhebung – Red.):

„Die dritte Klasse endlich besteht aus demokratischen Sozialisten, welche auf demselben Wege wie die Kommunisten einen Teil der in Frage [18] angegebenen Maßregeln wollen, aber nicht als Übergangsmittel zum Kommunismus, sondern als Maßregeln, welche hinreichend sind, um das Elend aufzuheben und die Übel der jetzigen Gesellschaft verschwinden zu machen. Diese demokratischen Sozialisten sind entweder Proletarier, die über die Bedingungen der Befreiung ihrer Klasse noch nicht hinreichend aufgeklärt sind, oder sie sind Repräsentanten der Kleinbürger, einer Klasse, welche bis zur Erringung der Demokratie und der aus ihr hervorgehenden sozialistischen Maßregeln in vieler Beziehung dasselbe.

Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Daß diese gemeinsame Handlungsweise die Diskussion der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar.

(Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW Bd. 4, S. 379 ff.)

b) „Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.“

Im „**Kommunistischen Manifest**“ heißt es:

„Nach Abschnitt II versteht sich das Verhältnis der Kommunisten zu den bereits konstituierten Arbeiterparteien von selbst, also ihr Verhältnis zu den Chartisten in England und den agrarischen Reformern in Nordamerika. Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die soziali-

stisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Überlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.

In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, das diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinn, teils aus radikalen Bourgeois.

Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.

In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Klassenbewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, ...

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder".

(Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, S. 492 ff.)

Aber wie steht es mit anderen Klassen und Schichten, wie ist die Haltung von Marx und Engels zu dieser Frage?

c) Die I. Internationale wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht die mehr marxistisch orientierten Teile der Arbeiterklasse die Aktionseinheit mit noch kleinbürgerlich klassenbewussten Teilen dieser Klasse und das Bündnis mit kleinbürgerlich radikalen Bewegungen eingegangen wären.

Als die Anhänger Lassalles, das „Kommunistische Manifest“ verfälschend, meinten, der Arbeiterklasse stünde nur eine einheitliche reaktionäre Masse gegenüber, haben Marx und Engels das Schärfste kritisiert.

Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehn unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“

So betont Karl Marx dies übrigens nochmals in der Kritik des Gothaer Programms. (Marx/Engels, Werke, Bd.19, S. 22f.)

Die Bourgeoisie wird hier noch – entsprechend der objektiven historischen Entwicklungssituation – als revolutionäre Klasse aufgefasst - als Trägerin der großen Industrie – gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche gesellschaftliche Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen sind. Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse, denn die Bourgeoisie will in diesem historischen Stadium ihrer Entwicklung noch alles Alte, Erstarrete umstoßen, um ihre Herrschaft durchzusetzen.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegen über revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen

Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt wiederum hinzu: dass die

„Mittelstände ...revolutionär (werden) ... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat‘.

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, dass sie ‚zusammen mit der Bourgeoisie‘ und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse ‚nur eine reaktionäre Masse bilden‘.

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und Bauern zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeoisie und Feudalen nur eine sektiererische Masse?“

(Marx/Engels, Werke, Bd.19, S.23)

d) Lenin über die Massenarbeit der Partei und die Notwendigkeit einer richtigen Aktionseinheits- und Bündnispolitik

Im Zusammenhang mit der Zulässigkeit von Kompromissen betont Lenin die Bedeutung von Bündnissen. Er legt dar, dass man

„einen mächtigen Gegner...nur unter größter Anstrengung der Kräfte besiegen“ kann; dass man es verstehen muss „einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein.

Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen“. (S.522/523)

Bündnisse sind notwendig, weil die Arbeiterklasse von bundscheckigen nichtproletarischen Schichten und Kleinbürgern umgeben ist. Diese haben negative Erfahrungen mit der kapitalistischen Gesellschaft gemacht. Sie kämpfen gegen Auswirkungen der Ausbeutergesellschaft, noch nicht gegen deren Ursachen.

Mit diesen Schichten sind Bündnisse und Kompromisse möglich. Es kommt nur darauf an, so Lenin dass man es versteht,

„diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf und Siegesfähigkeit beiträgt.“ (S.527)

(Literatur: LW, Sechsbändige Ausgabe: VIII S.517 bis 530)

2.2. Positionen der DKP zur Aktionseinheits- und Bündnispolitik

Die DKP hat sowohl bei der Neukonstituierung der Partei als auch in den über drei Jahrzehnten ihrer Existenz sich an marxistischen Grundpositionen orientiert. Es gab neue Erfahrungen unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen, die aber zeigten, dass es keinen Grund gibt die Grundsätze kommunistischer Aktionseinheits- und Bündnispolitik aufzugeben.

a) Aus der Grundsatzklärung der Deutschen Kommunistischen Partei - Essener Parteitag 1969:

„Arbeiter und Bauern

Sozialistische Arbeiterpolitik ist zugleich Bündnispolitik mit allen vom Monopolkapital unterdrückten Schichten. Nächste den Arbeitern und Angestellten werden die Bauern am meisten ausgebeutet. Der kapitalistische Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft führt zu einer zunehmenden Differenzierung in der Bauernschaft und dazu, daß immer mehr Bauernhöfe Neben- und Zuerwerbsstellen werden und viele Bauern in Lohnabhängigkeit geraten.

Der Widerspruch zwischen den Landarbeitern, Nebenerwerbsbauern und der gesamten Bauernschaft auf der einen Seite, dem Monopolkapital und den mit ihm liierten landwirtschaftlichen Großunternehmen auf der anderen Seite macht die Bauernschaft zum potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf. Es liegt im Interesse der Arbeiterbewegung, die Bauern bei der Verteidigung ihrer Betriebe, bei der Entwicklung von Genossenschaften unter demokratischer Selbstverwaltung zu unterstützen und so auch die demagogischen Einflüsse des Neonazismus und der Reaktion auf dem Lande zurückzudrängen.

Arbeiter und Intelligenz

Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution erhöht sich zunehmend die Rolle der Intelligenz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. In der Intelligenz vollzieht sich ein politischer und sozialer Differenzierungsprozeß. Infolge ihrer Arbeit in großen Industriebetrieben, Forschungsstätten und Hochschulen nähert sich die gesellschaftliche Stellung großer Teile der Intelligenz immer mehr jener der Arbeiter und Angestellten an. Sie wird in steigendem Maße Ausbeutungsobjekt des Großkapitals. Diese Veränderung ihrer Lage, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ist vielen Angehörigen der Intelligenz noch nicht bewußt. **Aber immer mehr Intellektuelle, die ihre gesellschaftliche Verantwortung, den Widerspruch zwischen ihren Interessen und dem monopolkapitalistischen System erkennen, suchen heute das Bündnis mit den Arbeitern. Dieses Bündnis weiterzuentwickeln, vor allem die technische Intelligenz an die Arbeiterbewegung und die demokratische Volksbewegung heranzuführen, ist eine wichtige Aufgabe und wesentliche Voraussetzung für den Erfolg im Ringen um Demokratie und Fortschritt.**

Mittelstand, kleine und mittlere Unternehmer

Das gemeinsame Interesse an Frieden und Demokratie verbindet die Arbeiterklasse auch mit den Gewerbetreibenden und Handwerkern, mit den Einzelhändlern und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, die unter dem Druck der übermächtigen Konkurrenz der großen Konzerne stehen. Diese Schicht vom Einfluß der reaktionären Kräfte zu lösen und in die demokratische Bewegung einzubeziehen, ist eine bedeutsame politische Aufgabe. Die Unterstützung ihrer Forderungen gegen die Monopole und gegen die reaktionäre staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, der gemeinsame Kampf für eine Friedenswirtschaft liegt im Interesse aller fortschrittlichen Kräfte.

Zusammenarbeit aller Demokraten

Die DKP ist für das Zusammenwirken aller Demokraten. Sie wird, wo immer es um die Abwehr von Angriffen des Monopol- und Rüstungskapitals, seiner Parteien, der CDU/CSU und der NPD, wo es um die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen und sozialen Rechte des Volkes, wo es um Frieden und Sicherheit geht, den gemeinsamen Interessen aller Volkskräfte den Vorrang geben.

Sie ist zur partnerschaftlichen, gleichberechtigten Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen und demokratischen Kräften bereit. Sie sucht das Gespräch und das Zusammenwirken mit allen fortschrittlichen und friedliebenden christlichen Werktätigen. Die großen gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit haben unter vielen Gläubigen beider christlicher Bekenntnisse eine Wandlung in ihrem politischen Denken und Handeln hervorgerufen. Die Teilnahme zahlreicher evangelischer Geistlicher

und Laien am Kampf gegen die Atomrüstung und gegen Notstandsgesetze, die neuen Strömungen in der katholischen Kirche ermöglichen eine breitere Zusammenarbeit von Kommunisten und Christen im Kampf um eine friedliche Welt und um den gesellschaftlichen Fortschritt.

Die DKP ist Teil der außerparlamentarischen Bewegung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt und Partner im demokratischen Bündnis, das um eine parlamentarische Vertretung der Volksinteressen kämpft. Für die Einigung der Volkskräfte wird die DKP ihren eigenen Beitrag leisten und nicht darauf verzichten, dem Antikommunismus, der diese Einigung behindert, entgegenzutreten. Sie wird stets die Ideen von Marx, Engels und Lenin und ihr sozialistisches Ziel verfechten.“

b) Aus den Thesen des 8. Parteitags der DKP

„III. Neue Fragen der Aktionseinheits- und Bündnispolitik - These 23

Die demokratischen Kräfte – neue Entwicklungen im Bewußtsein und Handeln

- Der Kampf der demokratischen Kräfte der Bundesrepublik kann heute darauf aufbauen, daß sich seit Ende der 60er Jahre tiefe Veränderungen im Bewußtsein der Menschen vollzogen haben. Insbesondere in den jüngeren Generationen konnten militanter Antisowjetismus und Antikommunismus, obrigkeitstaatliches und antidemokratisches Denken zurückgedrängt werden. Demokratisches, antifaschistisches und Friedensbewußtsein hat sich entfaltet. Die Bereitschaft zum demokratischen Engagement ist gewachsen.

- In der ersten Hälfte der 80er Jahre erhielt der außerparlamentarische Kampf eine neue Qualität. Die Friedensbewegung konnte die Mehrheit unseres Volkes für die Ablehnung der Raketenstationierung und der Weltraummilitarisierung gewinnen. Sie hat Millionen politisch in Bewegung gebracht. Die Auseinandersetzungen um den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus haben deutlich gemacht, daß größere Teile unseres Volkes bereit sind, richtige Lehren aus Krieg und Faschismus zu ziehen. Die durch die Friedensbewegung in Gang gebrachten Prozesse sind für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung selbst wie für die Entfaltung anderer demokratischer Bewegungen und auch für den Kampf der Arbeiterklasse von großer Bedeutung.

- Trotz komplizierterer Kampfbedingungen haben die Arbeiterkämpfe seit Beginn der 80er Jahre zugenommen. Das zeigt die Entwicklung betrieblicher Aktionen (Streiks, Betriebsbesetzungen, Demonstrationen) und von gewerkschaftlich organisierten Großdemonstrationen. Das beweisen insbesondere der Streik um die 35-Stunden-Woche und die gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Verteidigung des Streikrechts. Dabei ist nicht nur das zahlenmäßige Anwachsen der Aktionen und der daran Beteiligten bemerkenswert. Bedeutsam ist auch, daß neben Lohnfragen zunehmend die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verteidigung von Arbeitsplätzen sowie die Kampf- und Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt rücken.

Aktive Gewerkschafter haben sich zunehmend in die großen politischen Auseinandersetzungen eingeschaltet. **Das Zusammenwirken von Arbeiterbewegung und Friedensbewegung hat trotz aller Versuche der Herrschenden, die Friedensfrage aus den Betrieben und Gewerkschaften "herauszuhalten", beachtliche Fortschritte gemacht. Die Entwicklung der Arbeiterkämpfe widerlegt diejenigen, die bereits "Abschied vom Proletariat" genommen hatten. Die Arbeiterklasse ist und bleibt die entscheidende Kraft des Kampfes für gesellschaftlichen Fortschritt. Die Erfolgsaussichten der Friedensbewegung, aller gegen das Monopolkapital, gegen rechts gerichteten Bewegungen hängen vorrangig vom Engagement der Arbeiterklasse ab. Die Zurückdrängung der Sozialpartnerschaftsideologie, die Stärkung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse sind wichtige Voraussetzungen für den Stopp der reaktionären Wendepolitik, für demokratischen und sozialen Fortschritt.**

- Von **erstrangiger Bedeutung ist das wachsende politische Engagement von Frauen.** Davon zeugen insbesondere vielfältige Aktivitäten der demokratischen Frauenbewegung, der Internationale Frauentag, die erste bundesweite DGB-Demonstration für

Frauenrechte, die "Aktion Muttertag". Es haben sich vielfältige soziale Protestaktionen von Schülern und Lehrern, Lehrlingen und Studenten entwickelt. Nicht selten sind die Probleme der Kinder Auslöser für außerparlamentarische Bewegungen. Arbeitslose, Rentner, ältere Menschen, Behinderte und diskriminierte Minderheiten gehen für ihre Anliegen auf die Straße. Zugenommen hat der Protest gegen die bauernfeindliche Agrarpolitik der Regierung und der EG. Die Möglichkeiten der Arbeiterklasse, Bündnisbeziehungen mit anderen nichtmonopolistischen Kräften zu entwickeln, haben sich verbessert...

- Mit der Friedensbewegung und den anderen demokratischen Bewegungen ist ein bedeutendes Fortschrittspotential entstanden. Seine Zusammenführung mit der Arbeiterbewegung ist heute und für die Zukunft zu einer Schlüsselfrage für den erfolgreichen Kampf um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt geworden. Der Aufschwung der Friedensbewegung und der Arbeiterkämpfe, die positiven Veränderungen in den Gewerkschaften und in der SPD, die Entwicklung der grünalternativen Strömung, die zunehmenden Aktivitäten der demokratischen Frauenbewegung, die Entfaltung einer breiten antifaschistischen Bewegung - all das sind Anzeichen dafür, daß sich die kräftepolitischen Voraussetzungen für den Kampf um eine demokratische Wende günstiger gestalten. Neue Möglichkeiten für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für demokratische Bündnisse sind entstanden. Die DKP wird weiterhin beharrlich dafür wirken, daß diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden."

„Friedensbewegung, demokratische Bündnisse - These 31

Der Aufschwung demokratischer Bewegungen und die Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik

- In den letzten Jahren ist es zu einem bedeutenden Aufschwung demokratischer Bewegungen gekommen. Die DKP hat als Vorkämpferin vieler dieser Bewegungen gewirkt und an ihrer Entfaltung keinen geringen Anteil. Wir sehen unsere Aufgabe darin, einen noch größeren Beitrag zu ihrer erfolgreichen Entwicklung zu leisten. Das Zusammenwirken mit Menschen anderer Weltanschauung und politischer Grundhaltung stellt hohe Anforderungen an unsere politisch-ideologische Arbeit, an unsere Fähigkeit, entsprechend den Grundsätzen kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen zu handeln.

- Kommunistinnen und Kommunisten wirken im Bündnis für die gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten. Alle Partner haben gleiche Rechte und Pflichten. Ziele, Losungen und Aktionsformen müssen gemeinsam ausgearbeitet werden. Das Trennende darf kein Hindernis für gemeinsames Handeln sein. Der Bewegung dürfen keine Forderungen aufgenötigt werden, die nicht durch eine breite Unterstützung der Partner mitgetragen werden können. Niemand darf in demokratischen Bündnissen einen Führungsanspruch erheben. Wir treten in der jeweiligen Bewegung für ihre größtmögliche Breite ein. Wir respektieren die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbständigkeit der Partner und erwarten von ihnen die gleiche Haltung gegenüber der DKP.

- Unser Eintreten für die größtmögliche Breite demokratischer Bewegungen bestimmt auch unsere Haltung zur Frage der Kampfformen. Wir sind gegen jede Verabsolutierung der einen oder anderen Kampfform. Die Breite der Bewegung, ihre unterschiedlichen Zugänge, der unterschiedliche Bewußtseinsstand ihrer Teilnehmer und Adressaten, die Maßnahmen des Gegners u.a. erfordern eine Vielfalt an Kampfformen und deren schöpferische Entwicklung. Breite und Radikalität sind für uns kein Gegensatz. Demokratischer Widerstand ist legitim: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht! Die radikalste Form des Widerstandes ist jene, welche die Massen ergreift. Darum gilt für uns der Grundsatz, daß diejenigen Kampfformen am zweckmäßigsten sind, die der Verbreiterung demokratischer Bewegungen am meisten dienen, die dazu beitragen, Bewußtsein und Kampfbereitschaft größerer Teile des Volkes, vor allem der Arbeiterklasse, voranzutreiben. Kampfformen, die diese Entwicklung hemmen, schaden dagegen.

- Wir sind bemüht, größere Teile der Arbeiterklasse an demokratische Bewegungen heranzuführen und wirken dafür, daß Arbeiterinteressen im Bündnis zur Geltung kommen. Das gelingt um so besser, je mehr die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, vor allem das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und

Kommunisten, verwirklicht wird. Die Aktionseinheit kann zum Kristallisationspunkt für breite demokratische Bündnisse werden. Zugleich gehen vom Zusammenwirken in Bündnissen Impulse für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse aus.

- Wir arbeiten als Kommunistinnen und Kommunisten im Bündnis mit. Wir entfalten Initiativen im Interesse des Bündnisses, treten aktiv für die gemeinsamen Anliegen ein und setzen uns konstruktiv mit solchen Positionen auseinander, die dem Bündnis schaden. Wir nehmen am Leben der Partei teil, um uns das politische und ideologische Rüstzeug für unsere Mitarbeit im Bündnis zu holen und aus den Erfahrungen unserer Bündnisarbeit Impulse für den politischen Kampf zu vermitteln. Wir müssen uns stets der Notwendigkeit bewußt sein, daß die Kommunistische Partei ihre organisatorische, politische und ideologische Selbständigkeit unter allen Umständen bewahren muß. Weder die Partei als Ganzes, noch ihre einzelnen Mitglieder dürfen in Bündnissen "aufgehen".
- Wir wirken für die Verwirklichung der spezifischen Ziele der jeweiligen Bewegungen. Wir sind zugleich bemüht, ausgehend von deren Anliegen, bei unseren Bündnispartnern weitergehende Erkenntnisse über die in der Monopolherrschaft liegenden Ursachen der Kriegsgefahr, der Umweltzerstörung, der Bedrohung sozialer und demokratischer Rechte zu verbreiten. In dem Maße, wie das gelingt, reifen günstigere Bedingungen dafür heran, bei Bewahrung der Breite der konkreten Bewegungen diejenigen Kräfte in weitergehenden Bündnissen zusammenzuführen, die bereit sind, für grundlegende Umgestaltungen der Gesellschaft zu wirken."

★

Diese Positionen hat die DKP nach 1989/90 beibehalten. Gerade durch das Mitwirken vieler Genossinnen und Genossen in Bündnissen ist es in vielen Städten und Gemeinden sowie in der bundesweiten Friedensbewegung und im antifaschistischen Bereich gelungen, dass Kommunistinnen und Kommunisten auch heute in den Bewegungen arbeiten und marxistische Positionen in die Debatten der Bewegungen einbringen können. Sie haben viel nicht nur zum Erhalt sondern auch zur breiteren Entwicklung unzähliger Initiativen beigetragen.

Von den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ bis zum Beschluss des 15. Parteitages der DKP „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“ sowie in neueren Materialien der Partei zeigt sich die Kontinuität: Einerseits ist es nötig, sich der marxistischen Grundlagen kommunistischer Aktionseinheits- und Bündnispolitik zu vergewissern, andererseits muss aus Fehlern und Fehleinschätzungen gelernt werden. Die DKP wird sich aber immer gegen einseitige Einschätzungen und sektiererisches Verhalten in der Bündnispolitik wenden.

Im Beschluss des 15. Parteitages der DKP „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“ heißt es deshalb beispielsweise:

„Jeder gesellschaftliche Fortschritt heute sowie Gesellschaftsveränderungen in der Zukunft sind nur denkbar, wenn in breiter Aktionseinheit und in Bündnissen gehandelt wird. Es ist notwendig und möglich, daß Arbeiter, Angestellte, Beamte, deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen, sozialdemokratische und kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter zusammenwirken. Dieses Zusammengehen mit ganzer Kraft zu unterstützen, stets das Einigende in den Vordergrund zu rücken sowie mit Geduld und Aufgeschlossenheit gemeinsame Aktionen zu fördern, das ist ein Grundsatz der DKP.“

3. Bündnisgrundsätze heutiger kommunistischer Politik

Wenn wir als Mitglieder der DKP aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, greifen wir zugleich Erkenntnisse und Erfahrungen auf. In ihrer Bündnispolitik handeln Kommunistinnen und Kommunisten auch heute nach folgenden Grundsätzen:

1. Grundsatz: Initiative ergreifen!

Wer etwas bewegen will, muss sich selbst bewegen, muss in Bewegungen mitarbeiten, er muss in ihnen und für sie aktiv und initiativ sein. Bündnispolitik wird nicht in fern von Aktionen und nicht durch Ratschläge von außen gemacht, indem man am Rand von Demonstrationen steht, sich in Zeitungskommentaren äußert, ohne sich kundig zu machen, oder sich von Bündnisberatungen möglichst fern hält, sondern nur durch Mitarbeit in den Bewegungen und den Austausch von Erfahrungen. Nur wer aktiv und nicht nur, um die eigenen Interessen kompromisslos durchzusetzen im Bündnis mitarbeitet, wird von den Bündnispartnern anerkannt, kann mitreden, kann Einfluss gewinnen.

2. Grundsatz: Echte Partnerschaft!

"Kommunistische Bündnispolitik besteht darin, daß die Kommunisten in demokratischen Bewegungen „für eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten eintreten" (Programm der DKP von 1978, S.81)

Dies verlangt,

- dass jeder Partner des Bündnisses gleiche Rechte und gleiche Pflichten hat, es keine Partner erster oder zweiter Klasse gibt.
- dass gleichberechtigt und in Partnerschaft die gemeinsamen Ziele des Bündnisses diskutiert und vereinbart werden. Alle Partner treten gemeinsam für diese gemeinsamen Forderungen ein. Das Trennende muss beiseite geschoben werden. Der jeweiligen Bewegung fremde Forderungen, die nicht von allen Bündnispartnern mitgetragen werden können, dürfen das Bündnis nicht belasten.
- die politischen Motive, die Weltanschauung und die organisatorische Selbständigkeit des Bündnisses zu respektieren. Keiner der Partner darf gegenüber den anderen einen Führungsanspruch erheben. Im Programm der DKP von 1978 – und das ist heute genauso gültig – wird dazu festgestellt: *„Die DKP erhebt in Bündnissen keinen Führungsanspruch. Sie will sich Achtung und Ansehen allein durch ihre Initiative bei der Entwicklung gemeinsamer Bewegungen und Aktionen durch die Tatkraft und Konsequenz ihrer Mitglieder erwerben" (Ebenda, S.81)*

Der Verzicht auf einen Führungsanspruch muss jedoch von allen Partnern des Bündnisses gefordert werden. Wo ein solcher erhoben wird, muss man sich im Interesse des gesamten Bündnisses damit auseinandersetzen.

3. Grundsatz: Orientierung auf die Arbeiterklasse!

Die Orientierung auf die Arbeiterklasse und das Ringen um die stärkere Einbeziehung von Arbeitern in demokratische Bewegungen ist ein ganz maßgeblicher Beitrag, den Kommunisten in diesen Bewegungen leisten.

Im Beschluss *„DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute" von 2000* heißt es dazu:

„Eine Politik der Aktionseinheit mit Kolleginnen und Kollegen, die sozialistisch oder kommunistisch, an der PDS oder sozialdemokratisch orientiert sind, hat dabei eine entscheidende Bedeutung. Ziel dieser Zusammenarbeit ist aber auch, eine notwendige Diskussion zu entwickeln, um politische Entwicklungen und Einsichten zu erreichen. Die Orientierung auf die Zusammenarbeit mit diesen Kolleginnen und Kollegen in den

Gewerkschaften ist unabdingbare Voraussetzung, um erfolgreich soziale und politische Ziele durchsetzen zu können.“

Wenn wir heute feststellen können, dass sich Teile der Arbeiterbewegung in den neuen gesellschaftlichen Bewegungen einbringen, so ist dies ein Ausdruck dafür, dass es hier auch neue Möglichkeiten für die Formierung der Klasse gibt.

4. Grundsatz: Aktionseinheit ist Kernstück!

Unter Aktionseinheit verstehen wir das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse, im Konkreten das gemeinsame Handeln von Kommunisten *„mit Kolleginnen und Kollegen, die sozialistisch oder kommunistisch, an der PDS oder sozialdemokratisch orientiert sind“*, aber auch mit weltanschaulich und politisch anders orientierten Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, in der Gewerkschaft.

Das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist besonders wichtig, weil es hier um das Zusammenwirken der verschiedenen politischen und weltanschaulichen Strömungen in der Arbeiterklasse geht. Die Arbeiterklasse ist nach wie vor die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft.

Lenin über die Massenarbeit der Partei. Die Notwendigkeit einer richtigen Aktionseinheits- und Bündnispolitik und die Arbeit in den Gewerkschaften

Ausgangspunkt ist die marxistische Erkenntnis von der Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Soziale Revolutionen sind das Ergebnis des Wollens und Handelns der Volksmassen im historischen Prozess.

Doch die Massen sind nicht allein durch die Theorie in Bewegung zu setzen. Erst wenn sie in der Klassenauseinandersetzung eigene Erfahrungen gesammelt haben und in der Praxis die Richtigkeit der Politik der Partei feststellen, gelangen sie zu politischem und revolutionärem Bewusstsein. Deshalb hebt Lenin immer wieder hervor, dass die Kommunisten unbedingt dort systematisch, hartnäckig, beharrlich und geduldig arbeiten müssen, wo die Massen sind.

Aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft ist die **Arbeiterklasse** die Hauptkraft grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen. Aber sie ist ständig den bürgerlichen politischen und ideologischen Einflüssen ausgesetzt. Sie wurde vom Opportunismus gespalten. Ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse, trotz der in ihr wirkenden verschiedenen politischen, religiösen und ideologischen Anschauungen, kann nur über die Aktionseinheit erreicht werden.

Die Möglichkeit zur Aktionseinheit ergibt sich aus der gemeinsamen Klassenlage.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer richtigen Massenarbeit wendet sich Lenin besonders den **Gewerkschaften** zu, weil sie die größte und allumfassende Massenorganisation der Arbeiterklasse sind. Er kritisiert u.a. die sektiererische Einstellung der „Linken“ in Westeuropa zu den bestehenden Gewerkschaften. Es wäre grundfalsch, nicht in den bestehenden „reaktionären“ Gewerkschaften zu arbeiten, diese Arbeit abzulehnen, aus den Gewerkschaften auszutreten usw. (S.498-499). Er erklärt, dass Kommunisten ein positives Verhältnis zu den Gewerkschaften haben müssen. Er geht auch auf die große Bedeutung der Gewerkschaften im Sozialismus ein.

Man müsse, so Lenin,

„unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muß Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften und die Arbeitergenos-

senschaften (diese wenigstens mitunter) sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen." (S.503)

Die ganze Aufgabe von Kommunisten besteht darin, so schreibt Lenin, "**daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten**" (S.504).

Kommunisten sind verpflichtet, wie er weiter schreibt, den tatsächlichen Bewusstseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen (S.509).

(Literatur: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus. Sechsbändige Ausgabe, Band V, Abschnitt VI S.495 bis 506, VIII S.517 bis 530)

5. Grundsatz: So breit wie möglich!

In der jeweiligen Bewegung treten die Kommunisten für die größtmögliche Breite des Bündnisses ein. Je breiter ein Bündnis, desto größer die Aussicht auf erfolgreiche Durchsetzung seiner Forderungen. Im Interesse der Breite von Bündnissen gilt es all das zu berücksichtigen, was bereits über die gleichberechtigte, partnerschaftliche Zusammenarbeit gesagt wurde.

Im Beschluss des 15. DKP-Parteitagess „DKP – Partei der Arbeiterklasse – Ihr politischer Platz heute“ heißt es dazu:

„Darüber hinaus sind Bündnisse und Bewegungen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich mit der Zuspitzung verschiedener gesellschaftlicher Probleme immer wieder neu bilden, wesentliche Voraussetzung zur Veränderung von Politik - aktuell und in Perspektive. Heute kommt es darauf an, Kräfte zusammenzuführen, die sich der Entwicklung nach Rechts widersetzen und bereit sind, sich im Widerstand zu vereinigen. Es ist eine Aufgabe der DKP, einen Beitrag zur Formierung breiter Bündnisse zu leisten und in sie Klassenpositionen einzubringen:

- *Die imperialistische Kriegspolitik auf dem Balkan, im Nahen Osten, in Mittelasien, in Afrika und die besorgniserregenden militärpolitischen und rüstungstechnischen Vorhaben der USA, der EU und Japans machen das Engagement für ein breites Bündnis in der Friedensbewegung zu einer vordringlichen Aufgabe. Dabei muß von der neuen Lage ausgegangen werden, daß nach dem Zerfall der Sowjetunion den imperialistischen Metropolen keine gleichrangige Friedensmacht mehr entgegensteht, dagegen ein Konfliktpotential zwischen den Metropolen existiert, das mit dem Kampf um die Beherrschung der Weltmärkte weiter anwächst.*
- *Die Mitglieder der DKP sind aktiv in der antifaschistischen Aktion. Wir fordern das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen. Wir suchen die Gemeinsamkeit mit all jenen Kräften – vor allem jungen Menschen – die sich gegen Faschismus, Rassismus und Krieg, gegen den alltäglichen Rassismus in der bundesdeutschen Gesellschaft, für die Rechte der Mitgrantinnen und Migrantinnen, der Asylsuchenden und gegen weitere Einschränkung demokratischer Grundrechten einsetzen. Heute geht der Kampf auch um eine sofortige, angemessene Entschädigung aller Sklavenarbeiter des deutschen Faschismus ohne Ausnahme und Abstriche.*
- *Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch jene politischen und sozialen Initiativen bzw. Bewegungen, die auf offenkundige Widersprüche in der bestehenden Gesellschaft mit gezielten Aktionen gegen konkrete Mißstände reagieren. Hier artikuliert sich politisches Bewußtsein, wenn auch zunächst nur an Einzellerscheinungen, und*

verbindet sich mit Einsatzbereitschaft. Kommunisten können in solchen Initiativen wertvolle, weil aktionserfahrene Bündnispartner sein und müssen ihre Standpunkte einbringen.

- *Mit der Öko-Bewegung teilen die Kommunisten die Sorge um die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Die Umweltzerstörung als Folge des profitorientierten Mißbrauchs des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist ein unvermeidliches Übel des Kapitalismus. Auch punktuelle Abhilfen und selbst allgemeine gesetzliche Regelungen können daran grundsätzlich nichts ändern. Erst eine Gesellschaft, deren Entwicklung nicht mehr durch die Zwänge der Kapitalverwertung gesteuert wird, kann und muß den technischen Fortschritt auf die Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen abstimmen.“*

Dabei muss die Problematik solcher breiter Bündnisse berücksichtigt werden. Natürlich wirken hier auch unter Umständen auch Kräfte, die antikommunistisch orientiert sind oder – aufgrund ihrer sozialen Lage oder weltanschaulichen Orientierung – zunächst nicht an einer grundsätzlichen Veränderung bestehender Verhältnisse interessiert sind. So umfasst beispielsweise die gegenwärtige Friedensbewegung unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte umfasst – über Klassengrenzen hinaus.

In Bündnissen gehen wir von Erfahrungen aus: **Neben dem notwendig offenen Auftreten als Kommunistinnen und Kommunisten gehört zu unseren Grundsätzen, ein echter Partner in den Bewegungen zu sein, das Einigende hervorzuheben ohne unsere antikapitalistischen/antiimperialistischen Grundpositionen aufzugeben und es gehört dazu diese Positionen zu vertreten und dafür zu werben.**

So erfahren wir beispielsweise in der Bundesrepublik derzeit, dass es **keinen Massenprotest gegen die Gesellschaft, sondern eine gegen den Krieg, in der zunehmend auch in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewegungen gleichzeitig die Erkenntnis wächst, dass gesellschaftliche Veränderungen nötig sind. Bewusstseinsprozesse aber brauchen Zeit.**

6. Grundsatz: Logische Weiterentwicklung!

Wir wären keine Kommunistinnen und Kommunisten, wenn wir darauf verzichten würden für umfassendere Bündnisse im Interesse grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltung zu wirken. In jedem Fall aber darf die Breite der demokratischen Bewegung nicht eingeschränkt werden. Im Aktionsprogramm der DKP (1996) hat die DKP – entsprechend der neuen Erfahrungen nach der Niederlage des Sozialismus, der Zerschlagung und des Zusammenbruchs der sozialistischen Länder Europas und der Sowjetunion – entsprechende Folgerungen gezogen.

Die DKP hat mit ihren Sozialismusvorstellungen, die auf dem 14. Parteitag 1998 als Arbeits- und Diskussionsgrundlage beschlossen wurden, auch entsprechende Folgerungen gezogen, die jetzt in ihrer Programmdiskussion weitergeführt werden müssen.

7. Grundsatz: Selbständigkeit wahren!

Die Partei muss **politische, ideologische und organisatorische Selbständigkeit** bewahren. Sie darf nicht im Bündnis aufgehen. **Das wäre das Ende der Kommunistischen Partei. Sie**

Die Partei darf nicht auf eine eigene Arbeit verzichten. Sie muss – auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus - klare Positionen zu den Zielen der Bündnisse entwickeln. Ihre Vertreter in Bündnissen müssen erarbeitete Argumente zu gesellschaftlichen Fragen in die Arbeit der Bündnisse einbringen. Beispielsweise betraf dies in der Vergangenheit die gesellschaftlichen Ursachen des Krieges der USA und ihrer Verbündeten gegen den

Irak und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in dieser Situation. Wir machten deutlich, dass es sich um einen imperialistischen Raubkrieg handelt, aber auch die Haltung Frankreichs, Russlands und der Bundesrepublik Deutschland gegen den Krieg nicht uneigennützig war: Französische (TotalFina), russische (Lukoil) und deutschen Konzerne (traditionell gute Handelsbeziehungen im gesamten arabischen Raum) konnten dabei nur verlieren. Entsprechend positionierten sich die jeweiligen Regierungen. Aber die Haltung der Bundesregierung war dennoch zwiespältig. Denn es drohte beispielsweise auch der Verlust von Marktanteilen in den USA. Es wurde von uns u.a. darauf aufmerksam gemacht, dass die BRD beispielsweise durch die Überflugrechte, die AWACS-Soldaten usw. letztlich doch beteiligt war am völkerrechtswidrigen Krieg.

Diese Positionen waren für nicht wenige Friedensaktivisten nachvollziehbar.

8. Grundsatz: Offen auftreten!

Wo nicht bekannt ist, dass Kommunistinnen und Kommunisten aktiv mitwirken, können sie auch keinen gleichberechtigten Platz für Kommunisten im Bündnis erwarten.

Ein offenes Auftreten ist notwendig, wenn in demokratischen Bewegungen Einsichten in gesellschaftliche Ursachen sowie Zusammenhänge verbreitet und vertieft werden sollen. Offenes Auftreten unter Berücksichtigung der gleichberechtigten, partnerschaftlichen Zusammenarbeit aller Beteiligten im Bündnis ist unverzichtbar, wenn der Antikommunismus zurückgedrängt werden soll. Notwendig ist das Eintreten der Kommunistinnen und Kommunisten für die gemeinsam beratenen und beschlossenen Ziele des Bündnisses.

Prinzipienfestigkeit, argumentatives Vertreten der eigenen Positionen und Kompromissbereitschaft sind heute mehr denn je notwendig, um als Kommunistin, als Kommunist erfolgreich in Bündnissen wirken zu können.



In den Aktionen der Friedensbewegung gegen die Nato-Aggression gegen Jugoslawien, gegen den Irak-Krieg, bei den Anti-Atom-Protesten, den Aktionen gegen die Rentenreform und vielen lokalen Initiativen: Die DKP hat in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre viel geleistet. Der Kampf um Frieden und Arbeit stellt heute jedoch neue, noch größere Anforderungen. Sie zu bewältigen erfordert die Stärkung der DKP in neuen Maßstäben.

Wir haben in der Bündnisfrage keine Berührungängste mit anderen Parteien. Kriterien aller Aktionseinheits- und Bündnispolitik sind allein die Interessen der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit der Menschen nicht nur in diesem Land. Voraussetzung von Bündnissen ist eine gegenseitige Respektierung des programmatischen Selbstverständnisses der Bündnispartner.

Von herausragender Bedeutung für die DKP ist es, mit anderen kommunistischen und sozialistischen Kräften in ganz Deutschland die Diskussion um politische und ideologische Grundfragen zu intensivieren und die Gelegenheit zu gemeinsamem Handeln zu ergreifen. Unser Ziel ist, dass sich alle Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland in einer kommunistischen Partei zusammenfinden. Die DKP wird sich dabei von ihren programmatischen Grundsätzen und von ihrem Statut leiten lassen.

4. Seminarhinweise

Mit den Seminarhinweisen wollen wir Vorschläge für die Seminargestaltung machen.

In der Diskussion sollte die Erfahrung von Genossinnen und Genossen genutzt werden, die langjährig in Bündnissen arbeiten.

Für die konkrete Durchführung des Bildungsabends schlagen – in Abhängigkeit von den Voraussetzungen der Teilnehmer und den Möglichkeiten der Organisation – folgende alternative Herangehensweisen vor:

- 2.1. Genossinnen und Genossen zu bitten, aus ihren Erfahrungen aus der Aktionseinheit in Betrieben und Gewerkschaften bzw. der Bündnisarbeit zu berichten, Widersprüche und Erfolge der Arbeit herauszuarbeiten und die heutigen Herausforderungen zu bestimmen.
- 2.2. Zunächst herauszuarbeiten, worin der Unterschied zwischen der Aktionseinheits- und Bündnispolitik der Partei besteht sowie die Gemeinsamkeiten. Die Notwendigkeit der Aktionseinheitspolitik und der Bündnisarbeit vor Ort sollte – mit Bezug auf die Geschichte - vor allem anhand heutiger Herausforderungen diskutiert werden.

Es sollte herausgearbeitet werden, dass nicht nur der heutige Kampf einer klugen Politik der Aktionseinheit und Bündnispolitik von Kommunistinnen und Kommunisten bedarf. Auch unter Bedingungen, unter denen es um die Durchsetzung des Sozialismus und den Aufbau des Sozialismus geht, würden diese Grundsätze Gültigkeit behalten.

Und es sollte auch diskutiert werden, dass Kommunistinnen und Kommunisten sehr wohl in der Vergangenheit viel aus der Aktionseinheits- und Bündnispolitik für die Formulierung ihrer eigenen Vorstellungen gelernt haben. Sie werden auf jeden Fall auch weiterhin diskussions- und lernbereit bleiben. Kommunistinnen und Kommunisten werden sich dabei auch künftig gegen Sektierertum und Opportunismus wenden.

In jedem Fall sollte der Seminarleiter oder ein Teilnehmer die Diskussion mit einem etwas umfassenderen Beitrag einleiten. Es sollten konkrete Folgerungen für die eigene Organisation aus der Diskussion gezogen werden. Zu überlegen wäre, inwieweit allen Genossinnen und Genossen vor dem Bildungsabend das gesamte Material zum Bildungsthema zur Verfügung gestellt werden sollte oder kann bzw. ob es sinnvoller ist, vor allem den Einleitungsteil und den Teil 3 für eine Vorbereitung der Diskussion zu nutzen.

Zur Vorbereitung sollte auch das Bildungsthema „Kommunisten und Gewerkschaften“ (2000) genutzt werden.

Zu überlegen wäre auch bei diesem Thema, inwieweit die Ergebnisse der Diskussion in die Programmdebatte der DKP – möglicherweise auch nach weiteren Diskussionsrunden zum Thema – in diese Debatte eingebracht werden können (UZ-Diskussionsforum, Anträge usw.)